

Neue Fahrverbote für Autos?

Nach dem Feinstaub werden nun Stickoxide bei jeder zweiten Messung zum Problem. Schärfere Auflagen möglich

Jürgen Polzin

Essen. Den Autofahrern in den Ruhrgebietsstädten drohen im kommenden Jahr noch schärfere Umweltauflagen zur Luftreinhaltung: An jeder zweiten Messstation werden die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid überschritten. Schuld sei der Verkehr, sagt das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz. Nach neuesten Messungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lanuv) werden die ab 2010 gültigen EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid derzeit an jeder zweiten Messstation überschritten. Damit zeichnet sich ab, dass die Umweltzonen, die zur Minderung des Feinstaubproblems eingerichtet wurden, nach 2010 ausgeweitet und verschärft werden.

Die Experten halten „weiträumige Maßnahmen“ für unverzichtbar, um die Gesundheitsgefahren zu begrenzen. „Wir wissen aus unseren Messungen, dass der Verkehr die Hauptquelle ist“, sagte Peter Bruckmann, Abteilungsleiter im Lanuv, der WAZ. Stickstoffdioxide schädigen in hohen Konzentrationen Atemwege und Lungenfunktion. Besonders gefährdet sind Asthmatiker und Kinder.

In der Auswertung der Messdaten für 2008 ermittelte das Lanuv die höchsten Abgasbelastungen in Düsseldorf, Hagen, Köln, Münster und Dortmund. „Wir wissen, dass alle Straßenschluchten an Verkehrsbrennpunkten betroffen sind“, sagte Bruckmann. Diese Problempunkte finden sich vor allem in Duisburg, Essen, Oberhausen, Gelsenkirchen und Bochum.

Wegen der knappen Zeit bis zum Inkrafttreten der Grenzwerte will NRW nun bei der EU-Kommission um einen Aufschub bis 2015 bitten. Dennoch soll 2010 über eine mögliche Verschärfung der Umweltzonen entschieden werden. Dann könnten auch Fahrzeuge mit roter oder auch gelber Plakette mit Fahrverboten belegt werden. Die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet warnten davor, „in Zeiten der Krise Maßnahmen zu treffen, die den Wirtschaftsverkehr erschweren“. Das sei kontraproduktiv.

Lanuv-Experte Bruckmann kritisierte, dass das Problem lange bekannt sei, aber nicht effektiv angegangen werde: „Es war ein Fehler, die Abwrackprämie nicht mit Umweltkriterien zu verknüpfen.“

WAZ, 7. April 2009